

Antrag M01: Sicherer Hafen statt europäisches Abschiebezentrum

Laufende Nummer: 3

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-UB München-Stadt
Status:	angenommen

1 Adressat*innen: SPD München, SPD Stadtratsfraktion, Jusos Oberbayern

2 Im Rahmen der sog. "Flüchtlingswelle" 2015 ging München als Vorreiter der
3 Willkommenskultur voran. Nun, etwas mehr als 10 Jahre später, soll am Münchner
4 Flughafen ein "Abschiebungsterminal" gebaut werden, um Abschiebungen - die aktuell
5 über das Terminal 1 - stattfinden, in einem gesonderten, neuen Terminal durchführen
6 zu können, um die "Effizienz" der Abschiebungen zu erhöhen. Laut Bauantrag sollen
7 dadurch bis zu 100 Abschiebungen pro Tag, 36.500 Abschiebungen pro Jahr ermöglicht
8 werden.

9 Nicht nur ist die geplante Abschiebeoffensive absolut unmenschlich, sie steht auch
10 schlicht in keinem Verhältnis zu der Anzahl der aktuell 33.000 "ausreisepflichtigen"
11 Personen in Freising. Durch den Bau und Betrieb des Terminals sowie den Einsatz einer
12 Vielzahl von Bundespolizist*innen türmen sich immense Kosten auf. Dieses Geld muss
13 stattdessen dringend in den Ausbau von Integrationsmaßnahmen wie kostenlose Sprach-
14 und Integrationskurse investiert werden. Wir lehnen diesen Rückschritt und die damit
15 verbundene Abkehr von sozialdemokratischen und menschlichen Werten entschieden ab.

16 München als Teil der Seebrücke und Sicherer Hafen muss in seiner Glaubhaftigkeit
17 bestehen bleiben und konsequent zu seiner Positionierung und Überzeugung stehen!

18 Als Jusos lehnen wir Abschiebungen grundsätzlich ab, denn Abschiebungen bedeuten
19 immer Gewalt. Statt indirekt die menschenverachtende Politik des Freistaates zu
20 unterstützen und ein "europäisches Abschiebezentrum" am Münchner Flughafen zu
21 errichten, muss die Landeshauptstadt München (LHM) klare Kante zeigen und auf
22 Offenheit und Integration setzen.

23 Wir fordern daher:

- 24 1. Die SPD-Stadtratsfraktion soll sich gegen den Bau des Terminals aussprechen und
25 sich in der Öffentlichkeit gegen das Bauvorhaben einsetzen.
- 26 2. Die Stadt München soll sich klar pro Menschenrechte positionieren und sich von
27 der Anti-Migrations-Agenda des Freistaates abgrenzen. Statt Abschottungspolitik
28 zu unterstützen, muss sich die LHM stärker für den Ausbau von
29 Integrationsmaßnahmen einsetzen.
- 30 3. Ein unabhängiges Monitoring soll stattfindende Abschiebungen beobachten, um
31 Grundrechtsverletzungen vorzubeugen und gegebenenfalls zu dokumentieren.